

FEIER DER  
REKTORATSÜBERGABE  
DER  
FREIEN UNIVERSITÄT  
BERLIN

AM

4. NOVEMBER 1955

MIT AKADEMISCHER FESTREDE  
VON PROFESSOR DR. ANDREAS PAULSEN

„WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT  
UND DIE WIRTSCHAFT UNSERER ZEIT“

VERÖFFENTLICHUNG  
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

A N S P R A C H E   D E S   P R O R E K T O R S  
P R O F E S S O R   D R .   G E O R G   R O H D E

*Herr Regierender Bürgermeister,*

*Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,*

*Meine Herren Kommandanten,*

*Herr Bundesbevollmächtigter,*

*Exzellenzen,*

*Magnifizenz,*

*Meine Damen und Herren!*

**Z**u unserem großen Bedauern kann Herr Professor Hirsch, der Rektor der beiden Universitätsjahre 1953/54 und 1954/55, heute nicht unter uns weilen, da er erkrankt ist und Berlin verlassen mußte. Da an dem einmal vom Akademischen Senat beschlossenen Datum des 4. November, dem Jahrestag der Annahme der Universitätssatzung durch die damalige Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1948, nicht gerüttelt werden sollte, befinden wir uns in der seltsamen Lage, die feierliche Rektoratsübergabe ohne den scheidenden Rektor vollziehen zu müssen. Mir, als dem Prorektor der beiden letzten Universitätsjahre, fällt daher die Aufgabe zu, den bisherigen Rektor zum letzten Male zu vertreten.

Das Rektorat einer Universität ist ein Amt, das in besonderem Maße durch die Persönlichkeit seines Inhabers sein Gepräge erhält. Je kraftvoller und ausgeprägter diese ist, um so weniger ist es möglich,

sie in den eigentlich entscheidenden Amtshandlungen zu vertreten. Die letzte Amtspflicht aber, die ein Rektor zu erfüllen hat, ist die Erstattung des Rechenschaftsberichtes über seine Amtsperiode. Gerade im Hinblick auf die wichtigen Entscheidungen, die in letzter Zeit gefallen sind, wäre es ein Unrecht, dem Rektor die Möglichkeit zu nehmen, darüber zu berichten und diese Entscheidungen, mit denen das Ziel eines schon im September 1952 noch unter dem Rektorat von Freiherrn von Kress beschrittenen Weges erreicht wurde, in seiner Deutung darzustellen. So muß der Rechenschaftsbericht des scheidenden Rektors, der gewiß von manchen unter Ihnen mit Spannung erwartet worden ist, auf die nächste sich bietende Gelegenheit verschoben werden.

Keinen Aufschub aber duldet der Dank an diejenigen, die in den beiden vergangenen Jahren Helfer der Universität waren. Ich danke im Namen des scheidenden Rektors der gesamten Kollegenschaft für die einmütige Geschlossenheit, mit der sie dem Rektor seine Aufgabe erleichtert hat. Zu danken ist vor allem den beiden Senaten der vergangenen Jahre und ihren Ausschüssen, die dem Rektor in einer besonders arbeitsreichen und stürmischen Epoche im Leben unserer Universität zur Seite standen. Dank gebührt dem Kuratorium mit seinem Vorsitzenden, dem Regierenden Bürgermeister, Professor Dr. Suhr; ich weiß mich mit ihm einig, wenn ich hier erkläre, daß alle Meinungsverschiedenheiten und alle oft heftigen Diskussionen letztlich immer wieder dazu geführt haben, daß Situation und Aufgabe der Freien Universität nur um so klarer herausgearbeitet wurden, und daß im noch so heftigen Streit der Meinungen doch niemals das Vertrauen zwischen Kuratorium und Akademischem Senat, die Grundlage für das Gedeihen der Universität, erschüttert worden ist. Auch dem Kurator, Herrn Dr. von Bergmann, möchte ich danken für sein immer verständnisvolles Eingehen auf mitunter gar nicht leicht zu erfüllende Wünsche. Ich danke der Studentenschaft für ihre Mitarbeit und dafür, daß sie den Geist der Freien Universität zu bewahren sich immer hat angelegen sein lassen. Dank gilt insbesondere den Studenten, die durch ihre wissenschaftlichen Leistungen dem Ansehen der Universität gedient haben, Dank auch denen, die

sich in sportlicher Betätigung ausgezeichnet und so der Universität Anerkennung erworben haben. Ganz besonders glaube ich im Sinne des scheidenden Rektors zu handeln, wenn ich den Beamten und Angestellten der akademischen und der Wirtschaftsverwaltung danke, die mit Hingebung und oft weit über ihre dienstliche Verpflichtung hinaus ihre Aufgaben wahrgenommen haben.

Mein besonderer Dank gilt dem Senator für Volksbildung, Herrn Professor Dr. Tiburtius, dafür, daß die Universität in den für sie entscheidenden Fragen sich stets seiner verständnisvollen Förderung zu erfreuen hatte. Und schließlich möchte ich der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde und Förderer der Freien Universität danken, vor allem dem Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Senator Dr. Paul Hertz, für sein stetes Bemühen, die Gesellschaft an die Aufgaben heranzuführen, deren Erfüllung Universität und Öffentlichkeit von ihr erwarten.

Hochansehnliche Festversammlung! Am Ende des akademischen Jahres ziemt es sich, derer zu gedenken, die die Universität durch den Tod verloren hat. Ich bitte Sie, sich zu Ehren der Verstorbenen, deren Namen ich jetzt verlesen will, von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 6. Februar 1954 verschied der Ehrenrektor der Freien Universität, der emeritierte Ordinarius der neueren Geschichte, Dr. phil., Dr. iur. h. c., Dr. litt. h. c. Friedrich Meinecke. Daß sein Name unserer jungen Universität Schirm und Schmuck sein durfte, verpflichtet uns und alle, die nach uns kommen werden, im Tiefsten.

Im September 1954 wurde das Opfer eines Verkehrsunfalls einer der eifrigsten Förderer der Freien Universität, der Professor of Government an der Columbia University, New York, Dr. iur., Ph. D. und Dr. phil. h. c. Franz Leopold Neumann, der oft als Gastprofessor und Berater bei uns gewirkt hat.

Die Medizinische Fakultät beklagt den Verlust des Oberarztes Dr. med. Dr. med. dent. Alfred Thiemann, gestorben am 5. Juli 1954,

des außerplanmäßigen Professors Dr. med. Johannes Franke, gestorben am 10. Juli 1955, des Honorarprofessors für Augenheilkunde Dr. med. Dr. med. h. c. Walther Löhlein, gestorben am 14. September 1954.

Die Juristische Fakultät verlor durch den Tod den emeritierten Professor der Rechte, Geheimen Justizrat Dr. iur. Ernst Rabel, gestorben im September 1955.

Besonders schwer ist die Philosophische Fakultät getroffen worden. Am 19. Januar 1954 starb der Honorarprofessor für Ethnologie, Völkerpsychologie und Soziologie, Dr. iur. Richard Thurnwald, am 28. April 1954 der ordentliche Professor für Deutsche Philologie, Dr. phil. Richard Newald, am 16. März 1955 der Lehrbeauftragte für Klassische Philologie, Studienrat Emil Simon. Und als letzten betrauert sie tief den ordentlichen Professor für Psychologie, Dr. phil. Oswald Kroh, der am 11. September dieses Jahres von uns genommen wurde.

Zwei schwere Verluste hat die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät erlitten. Am 8. Juli 1954 starb an den Folgen eines Verkehrsunfalles der ordentliche Professor für Kolloidchemie Dr. phil. Rudolf Lorenz, am 3. Mai 1955 der emeritierte Professor für Geographie, Dr. phil. Walter Behrmann.

In dem Disziplinar-Untersuchungsrichter Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Köhler hat insbesondere die Studentenschaft einen warmherzigen Freund verloren, der den Nöten der Studenten in dieser krisenreichen Zeit immer mit verstehender Menschlichkeit gegenüberstand.

Unter den Toten, die wir betrauern, befinden sich folgende Studierende:

stud. rer. pol. Wolfgang Ulrich Jelm,  
 „ „ „ Eilgard Vösgen,

„ „ „ Hans Büttner,  
 „ „ „ Willy Hofmann,  
 „ „ „ Manfred Richter,  
 stud. iur. Gerhard Jung,  
 stud. rer. nat. Petronella Geschke,  
 „ „ „ Lothar Hahn.

An Angestellten hat die Universität verloren:

Frau Dorothea Scharner,  
 Frau Anneliese Wilke,  
 Frau Margot Krusche,  
 Herr Anton Ostrowski.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren unserer Toten von Ihren Sitzen erhoben haben.

Zum Schluß habe ich einer angenehmen Pflicht zu genügen. Herr Konrad Mommsen hat im Einverständnis mit seinem Bruder der Freien Universität ein Geschenk von hohem ideellen Wert gemacht, das ich hiermit in den Besitz der Universität übernehme. Es handelt sich um das von Franz Lenbach 1897 gemalte Porträt Theodor Mommsens, das im Senatsaal der Freien Universität seinen Platz finden soll. Herr Mommsen, der heute zu unserer Freude unter uns weilt, hat gebeten, daß folgende Erklärung verlesen werden möge, die Ihnen zugleich über das Schicksal des wertvollen Bildes Aufschluß geben wird:

»Es ist mir eine große Freude, daß das Lenbach-Bild von Theodor Mommsen in der Freien Universität nach einigen unstillen Jahren, die ihm ähnlich wie vielen Lebenden in den Kriegs- und Nachkriegswirren beschieden waren, eine so würdige Heimstätte gefunden hat. Es ist damit nach Berlin zurückgekehrt, wo Theodor Mommsen fast 50 Jahre gelebt und gelehrt hat, und wo auch dies zu seinem 80. Geburtstag 1897 von Freunden geschenkte Bild 50 Jahre gewesen ist;

damals allerdings nicht an öffentlicher Stätte, sondern in der Familie, in meinem großelterlichen, dann elterlichen Hause Marchstraße 8.

Daß es heute hier im Zentrum des Berliner Geisteslebens hängt, ist meinem Bruder, Theodor E. Mommsen, Professor für mittelalterliche Geschichte an der Cornell-University in Ithaca im Staat New York, zu danken. Ihm als Namenskenel Theodor Mommsens war dies Bild testamentarisch vermacht. 1942 wurde es zum erstenmal öffentlich gezeigt, und zwar auf einer Feier, die die Stadt Charlottenburg am 30. November zum 125. Geburtstag Theodor Mommsens veranstaltete. Von dort kam es auf meine Veranlassung nicht in die Wohnung meiner Mutter zurück, sondern in den Tresor des Rathauses Charlottenburg, wo es nicht nur die Luftangriffe, sondern auch die Eroberung Berlins unbeschädigt überstand. 1948 hat es mein Bruder Theodor bei seinem ersten Nachkriegsbesuch in Deutschland — wenn auch zögernd — in die USA mitgenommen und es die nächsten Jahre in seiner Wohnung gehabt. Aber er wollte nicht, daß dies Bild auf die Dauer in den USA bliebe. Bei seinem zweiten Deutschland-Besuch im Jahr 1953 beeindruckten und bewegten ihn die Idee und die Leistungen der neu geschaffenen Freien Universität Berlin. In Unterhaltungen mit dem Mitschöpfer und Kurator der Freien Universität, Herrn Dr. Fritz von Bergmann, einem Jugendfreund von uns beiden, kam ihm der Gedanke, das Bild der Freien Universität zu übergeben. Er verzichtete auf sein Vermächtnis zu meinen Gunsten, und so konnte ich nach Besprechungen mit den Herren Rektoren, Professor Dr. Rohde und Professor Dr. Hirsch, die Schenkung vornehmen.

Möge das Bild an seiner neuen Stätte die Erinnerung an die großen geistigen Traditionen Berlins wachhalten!«

Herr Mommsen hat uns die Ehre erwiesen, an diesem Festakt teilzunehmen. So kann ich ihm vor der Berliner Öffentlichkeit im Namen der Universität danken. Gleichzeitig möchte ich mitteilen, daß am heutigen Tage ein Telegramm an seinen Bruder abgesandt worden ist folgenden Wortlauts:

»Professor Dr. Theodor Ernst Mommsen

700, Stewart Ave., ITHACA, N.Y. USA

Rektor und Senat der Freien Universität Berlin danken für die Schenkung des Lenbach-Bildes Ihres Großvaters Theodor Mommsen, der in seiner geistigen und politischen Haltung allen Universitätslehrern ein Vorbild ist. Das Gemälde, das die Freie Universität heute anlässlich der Rektoratsübergabe aus den Händen Ihres Herrn Bruders empfängt, findet seinen ständigen Platz im Senatssaal des Henry Ford-Baues der Freien Universität Berlin.

4. 11. 1955

Andreas Paulsen.«

Sehr verehrter Herr Mommsen, seien Sie versichert, daß Sie unserer Universität ein Geschenk gemacht haben, das noch kommende Generationen Ihnen danken werden.

Ich komme nun zu der letzten mir obliegenden Pflicht, der Einsetzung des neuen Rektors in sein hohes Amt.

Zum Rektor für das Universitätsjahr 1955/56 ist gemäß der Satzung der Universität von der Gesamtheit der ordentlichen und außerordentlichen Professoren am 2. Juli dieses Jahres gewählt worden der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre Dr. phil. Andreas Paulsen. Diese Wahl ist vom Senat von Berlin bestätigt worden.

Herr Professor Paulsen, ich bitte Sie nun, zu mir heranzutreten und Ihren Talar und Ihr Barett abzulegen, damit ich Sie mit den Insignien des Rektors bekleide.

Ich lege um Sie den Talar des Rektors, das paludamentum purpureum. Möge die Bürde, die ich damit auf Ihre Schultern lege, Ihnen niemals drückend werden!

Ich bedecke Ihr Haupt mit dem Barett, dem Zeichen der Würde des Gelehrten. Möge der Zustand der Universität stets so sein, daß ihr

Rektor sein Haupt erhoben tragen und des Schmuckes seines Hauptes froh werden kann!

Ich schmücke Sie mit der Amtskette des Rektors und lege Ihnen damit die Pflicht auf, innerhalb der Universität und nach außen im Namen der Universität stets einzutreten für die drei hohen Werte, deren Namen auf dieser Kette geschrieben stehen: Veritas, Iustitia, Libertas.

Sie sind nunmehr zum Rektor eingesetzt. In Ihrer Person sammelt sich nun wie in einem Brennpunkt alles, was die Freie Universität Berlin an Bedeutung, Würde und Glanz aufzuweisen hat.

Ich neige mich in Ehrfurcht vor Ihnen und begrüße Sie mit dem Ihnen nach der Satzung zustehenden, durch die akademische Tradition geheiligten und in der kurzen, aber inhaltsreichen Geschichte unserer jungen Universität mit neuem Leben erfüllten Titel Magnifizienz.

Magnifizienz! Ich beglückwünsche Sie zum Antritt Ihres schweren und verantwortungsvollen Amtes und gelobe Ihnen im Namen der Kollegen Treue und Ergebenheit. Möge die Zeit Ihres Rektorats zum Segen für unsere Universität sein, Ihnen persönlich aber die Befriedigung gewähren, die ein Mann auf der Höhe seines Lebens sich wünschen mag.

AKADEMISCHE FESTREDE

DES REKTORS

DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

PROFESSOR DR. ANDREAS PAULSEN

*Herr Prorektor!*

Aus Ihrer Hand habe ich die Insignien des hohen Amtes empfangen, zu dem mich die Professorenschaft der Freien Universität gewählt hat. In Ihre Hand verspreche ich, daß ich mir der Pflichten dieses Amtes stets bewußt sein werde. Ich werde Recht und Satzung der Freien Universität wahren und vertreten: ich werde mich von meinem Gewissen und meiner besten Überzeugung leiten lassen: ich werde Verantwortung nicht scheuen und meine Kräfte nicht schonen. —

Mir ist es nicht vergönnt, durch meinen Vorgänger im Amt, Magnifizienz Prof. Dr. Hirsch, in mein Amt eingewiesen zu werden. Eine schwere Erkrankung hält ihn von uns fern. Den Dank der Freien Universität werde ich unserem scheidenden Rektor bei anderer Gelegenheit öffentlich aussprechen und dabei zu würdigen haben, was er in den zwei Jahren seiner Amtsführung in wahrhaft hingebender Arbeit geleistet hat. Namentlich durch Klärung und Sicherung der Rechtsgrundlagen unserer Universität hat er ihr bleibende Züge eingeprägt, und hinter dem Formalen, zu dessen Deutung er als hervorragender Sachkenner wie kein zweiter berufen war, stand die Kraft einer tiefen Überzeugung und einer großartigen Sicht dessen, was eine Universität in einem freien und demokratischen Staat sein muß, soll sie ihre Aufgaben erfüllen können. Das hat ins Weite gewirkt, und mit uns warten die westdeutschen Universitäten und ihre Vertretungen auf seine weiteren Beiträge zum dringenden Anliegen der Neuordnung des deutschen Universitätswesens. Ich bin gewiß, in Ihrer

aller Namen meinem verehrten Amtsvorgänger heute Dank und herzliche Genesungswünsche übermitteln zu dürfen.

Ich gedenke der bisherigen Rektoren der Freien Universität. Mit Ehrerbietung nenne ich den großen Namen von Friedrich Meinecke, und ich grüße in herzlicher Verbundenheit die Herren Professoren Redslob, Freiherr von Kress und Rohde. Möge es mir gelingen, mich nicht unwert dieser Reihe einzugliedern. Ihnen, verehrter und lieber Herr Kollege Rohde, der Sie sich jetzt nach vielen Jahren der Führung akademischer Ämter wieder voll den Aufgaben Ihres Lehrstuhls und Ihrer Forschung zuwenden, spreche ich als Rektor der Freien Universität unsere dankbare Anerkennung aus. Ich bin glücklich zu wissen, daß Sie mir Ihren Rat nicht versagen werden, wenn ich ihn brauche.

Mit mir beginnen ihr Amtsjahr die Dekane der Fakultäten, die Spektabilitäten

Prof. Dr. Langer, Dekan der Medizinischen Fakultät,  
 Prof. Dr. Hartwig, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät,  
 Prof. Dr. Becker, Dekan der Juristischen Fakultät,  
 Prof. Dr. Kellerer, Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät,  
 Prof. Dr. von Lindheim, Dekan der Philosophischen Fakultät,  
 Prof. Dr. Schenk, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Mit ihnen, wie mit den Herren Wahlsenatoren und den Sprechern der Studentenschaft, werde ich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Meine Herren Kollegen: die Selbstverwaltung der Universität fordern wir nicht als ein Privileg, sondern wir sehen in ihr eine Voraussetzung zur Erfüllung unserer Aufgaben, und was uns als Recht gegeben ist, bedeutet für uns vor allem eine Verpflichtung. Sie trifft nicht nur die jeweiligen Amtsträger, sondern uns alle. Den Geist der

Mitverantwortung aus Mitentscheidung aller Kollegen möchte ich lebendighalten und, wenn möglich, entwickeln. Ich bitte Sie um Ihre Hilfe. Ausdrücklich dehne ich diese Bitte auf die Vertreter der Studentenschaft aus. Aus Überzeugung bejahe ich, was unsere als erste deutsche Universität den Studenten an Rechten der Teilnahme an der akademischen Verwaltung einräumt.

Dem Kurator der Freien Universität, Herrn Dr. Fritz von Bergmann, verspreche ich freundschaftliches Vertrauen und bitte ihn um seines.

Herr Regierender Bürgermeister: Ihnen und den Herren Senatoren und Vertretern des Landes gilt meine Versicherung, daß der Geist der Freien Universität jener ist und bleiben soll, den das kämpfende freie Berlin von seiner Universität fordert und erwartet, so wie Ernst Reuter und die Männer, die sie gründeten, unsere freie, demokratische, humane Aufgabe sahen.

Schwierigkeiten können nicht ausbleiben, aber ich weiß, daß in der Sache Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin und die Freie Universität eines Geistes und eines Willens sind.

In dieser Zuversicht trete ich mein Amt an.

## WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND DIE WIRTSCHAFT UNSERER ZEIT

Mein akademischer Vortrag soll einigen Beziehungen zwischen der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaft unserer Zeit nachgehen. Im besonderen will ich fragen, wie weit die Gestaltungen des gesellschaftlichen Wirtschaftens durch wissenschaftliche Einsichten beherrschbar gemacht werden können.

Diese Frage sei so verstanden: Wirtschaft und die mit ihr engverbundene Technik sind in unserer Zeitwende zu den kritischen Vari-

ablen zu rechnen; von ihren Veränderungen hängt wesentlich mit ab, wohin der Weg der Menschheit geht. Diese Variablen beherrschen wir aber offenbar nicht, sie rechnen — nach einem Ausdruck von Whitehead — zum »sinnlosen Teil« der Geschichte, sie treiben die Menschheit voran jenseits eines vorgefaßten, vernünftig geprägten Zieles. So bricht die technisch-wirtschaftliche Revolution über uns herein wie eine fremde Macht, sie reißt uns mit, wir sind ihr ausgeliefert. Bei einem über alle Grenzen wachsenden technischen Können scheint eine sinnvolle gesellschaftliche Daseinsgestaltung so wenig zu gelingen, daß befürchtet wird, die neue Technik gebe den alten menschlichen Torheiten nur unendlich gefährliche Werkzeuge an die Hand.

Dieser Abstand zwischen dem technischen und dem gesellschaftlichen Können der Menschen legt die Hypothese nahe, daß die gleichen wissenschaftlichen Methoden, denen das technische Können zu verdanken ist, auch zur Durchdringung und Gestaltung der gesellschaftlichen Erscheinungen anzuwenden seien und zum mindesten lehren könnten, ausgesprochene wirtschaftlich-soziale Fehlleistungen zu vermeiden. Dazu müßten die Gesellschaftswissenschaften den Übergang von der spekulativen zur exakten Methode vollziehen, nämlich nur solche Aussagen als wissenschaftlich zulassen, die nach dem Kriterium »richtig oder unrichtig« beweisfähig sind.

»Derselbe Mensch«, so sprach es der große französische Dichter Paul Valéry einmal aus, »derselbe Mensch, der in der Physik oder Biologie mit Denkinstrumenten arbeitet, die mit Präzisionswerkzeugen zu vergleichen sind, denkt politisch in unreinen Ausdrücken, in vieldeutigen Begriffen, in illusionären Bildern.«

Wenn diese Analogie gilt, so ist zu unterscheiden: die Naturwissenschaften haben immer leistungsfähigere technische Prozesse ermöglicht, aber über die Eingliederung der Technik in die menschlichen Daseinsformen lehren sie nichts. Entsprechend ist für die Wirtschaft e i n e s der wissenschaftliche Beitrag zur Regulierung einzelner wirtschaftlicher Abläufe, etwa zur Verhinderung einer Inflation, aber

ein a n d e r e s die Gesamtgestaltung der Gesellschaftswirtschaft, etwa die Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Beherrschbarkeit durch wissenschaftlich begründete Technik setzt Kenntnis der Gesetze des Ablaufs der Erscheinungen voraus. Gibt es Wirtschaftsgesetze dieses Sinnes? — Für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft war entscheidend, daß in den ersten Systembildungen unter dem Einfluß der gleichzeitigen Naturwissenschaften den gesellschaftswirtschaftlichen Erscheinungen eine immanente Gesetzmäßigkeit zugesprochen wurde, und daß diese nicht durch direkte Befragung der Sachverhalte gefunden wurde. Um der Einheit des Weltbildes willen wurde vielmehr postuliert, daß die Wirtschaftsgesetze gleichen Wesens seien wie die, die den Gang der natürlichen Welt bestimmen. Diese Ordnungsprinzipien, nach denen im Weltplan die Gesellschaftswirtschaft angelegt sei, seien aus der Immanenz in die Realität zu erheben, womit dann die richtige oder natürliche Wirtschaftsordnung verwirklicht werde. Diese s p e k u l a t i v e Grundlegung des wissenschaftlichen Systembaues ist in der wissenschaftlichen Entwicklung gewiß gemildert, aber doch erhalten geblieben, namentlich auch bei Marx, der keineswegs, wie er glaubte, den Übergang von der Spekulation zur Wissenschaft vollzog, wenn er das von ihm angenommene Gesetz der geschichtlichen Entwicklung zur Bestimmung der jeweils möglichen und daher auch notwendigen Wirtschaftsordnung verwendete. Hier haben wir also den Anspruch, von der Wissenschaft her die richtige, natürliche oder beste Wirtschafts o r d n u n g zu bestimmen; aber ich bemerke gleich, daß diese Ableitungen eben nur gelten, soweit ihre spekulativen Grundlagen angenommen werden.

Dem trat nun, ebenfalls unter dem Einfluß der Naturwissenschaften, eine andere Methodik gegenüber, die auf alle meta-ökonomischen Voraussetzungen verzichtete und sich nur auf die kontrollierte Erfahrung als Erkenntnisquelle berief. Sie wurde später als ökonomische Analyse bezeichnet und ist in unseren Tagen zur »reinen« oder »abstrakten Wirtschaftstheorie« fortentwickelt worden. Probleme der spekulativen Systeme wie die, ob die Arbeit oder die Na-

tur produktiv seien, ob Stoffwert zum Wesen des Geldes gehöre oder ähnliche wurden beiseite geschoben, weil sie sich nicht durch kontrollierte Beobachtungen entscheiden lassen. Vielmehr werden vermutete Zusammenhänge zwischen beobachteten Erscheinungen möglichst in quantitativen Ausdrücken zu hypothetischen Funktionen oder Gleichungen formalisiert, in strenger Deduktion bearbeitet und die erzielten Resultate verifiziert, also nach ihrem Erklärungswert für die real vorgefundenen Sachverhalte untersucht. Bei entsprechender Berücksichtigung vieler Variablen gelangt man auch zu Modellen des Gesamtsystems in der Form eines Systems simultaner Gleichungen, — damit zielt man aber nicht, wie die spekulativen Systeme, auf »Wesenserkenntnis« der Wirtschaft, sondern es sind Versuche zur gedanklichen Ordnung der beobachteten Erscheinungen. Wie die Wirtschaft in die gesamten Daseinsformen des Menschen eingegliedert werden soll, kann diese Methodik nicht lehren, aber in ihrem Fortschreiten kann sie begründete Formen der Einflußnahme auf das wirtschaftliche Geschehen anbieten.

Diese analytische Theorie beansprucht für sich keinen ausschließenden Geltungswert. Das Erkenntnisobjekt Wirtschaft ist so vieltalig, daß seine historischen, soziologischen, psychologischen, rechtlichen Aspekte je ihre eigene Methodik erfordern. Auch das spekulative Denken behält seinen Platz, und zwar nicht nur zur Aufindung jener Zusammenhänge, deren Formalisierung den Ansatz für die Analyse ergeben. Vor allem wollen wir dankbar sein für die großen Systeme der Meister unseres Faches, in denen die Bändigung des Sinnlosen durch das gestaltende Wort unternommen wird. Wir aber wollen nicht vorgeben, dem Weltgeist seine Pläne abgelauscht zu haben, wir wollen uns zu redlicher Arbeit an den Problemen bekennen in den Massen, denen wir gewachsen sind. Und dabei dürften wir allerdings jene zahlreichen spekulativen Versuche uninteressiert beiseite schieben, deren hochgemute Schau nur die Niederschrift vorwissenschaftlicher Ideen ist. Fehlendes Sachwissen berechtigt nicht zur »Wesensschau«, und Mangel an Denkfähigkeit ist keine Überwindung des Rationalismus.

Die analytische Theorie hat instrumentalen Charakter. Denn soweit durch Analyse wirtschaftliche Wirkungszusammenhänge aufgedeckt sind, ist im Prinzip Einflußnahme auf sie möglich. Diese Methodik also entspricht jener der naturwissenschaftlichen Technik, denn sie beschränkt sich auf die Feststellung der Eignung von Mitteln für gesetzte Zwecke, beansprucht aber nicht, das Gelten von Zwecken zu entscheiden. Die erkannte Logik der Mittel bestimmt zwar, welche Zwecke möglich sind, aber sie *f o r d e r t* keine Zwecke. Aus den physikalischen Eigenschaften des Eisens und den technisch beherrschten Methoden der Eisenverarbeitung läßt sich nicht nachweisen, ob Schwerter oder Pflüge geschmiedet werden sollen. Und aus der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnis, daß in einer bestimmten Bedingungskonstellation das Maß der Steigerung des Nationalprodukts von der Höhe des Sparens abhängt, folgt nicht, daß gespart werden soll.

In den Wissenschaften sind spekulative Aussagen dort nicht mehr zulässig, wo exakte, d. h. beweisfähige Aussagen möglich sind. Es ist verlockend, für die praktische Wirtschaftspolitik zu folgern, daß dort, wo die instrumentale Theorie begründete Methoden für zweckmäßige Mittelverwendung zur Verfügung stellen kann, Entscheidungen nicht mehr auf der Basis weltanschaulicher, parteipolitischer oder gar Interessenkämpfe getroffen werden sollten. Anders ausgedrückt: auch in der Wirtschaftspolitik sollte der wissenschaftlich geschulte Sachverstand die technische Durchführung der politisch gesetzten Ziele übernehmen. Um so reiner würde der Ernst und das Gewicht jener echten Entscheidungen hervortreten, die nicht durch wissenschaftliche Einsicht zu vollziehen sind, sondern in denen es um die Durchsetzung und Vertretung der eigentlichen Werte des Daseins geht.

Aber eben hier führt die Analogie zur naturwissenschaftlich begründeten Technik irre. Denn wenn der Mensch und seine Wohlfahrt *S i n n* und *Z w e c k* alles Wirtschaftens sind, so ist der Mensch auch wichtigstes *M i t t e l* des Wirtschaftens, und die Vorstellung, er könne in dem überaus wichtigen Lebensbereich seiner Arbeit nur

als Mittel nach technischen Sacherwägungen behandelt werden, ist uns um so grauenvoller, als wir dergleichen erlebt haben und noch erleben. Die reinliche Scheidung zwischen Mitteln und Zwecken ist demnach in der Wirtschaft nicht möglich. Somit kann auch die instrumentale Theorie niemals beanspruchen, wirtschaftspolitische Entscheidungen an sich zu ziehen, wohl aber kann sie sehr Wesentliches zur Klärung der Grundlagen der Entscheidungen beitragen. Ich zeige es an einem Beispiel. Im spekulativem System des klassischen Liberalismus war die freie Marktpreisbildung als »natürlich« in den Rang unbedingter Geltung erhoben, eben weil sie im Ergebnis die natürliche Wirtschaftsordnung bildet. Für das instrumentale Denken dagegen ist die Preisbildung eine unter mehreren möglichen Methoden zur Steuerung des Wirtschaftsablaufs, und wenn sie in der Regel etwa der dirigistischen Planung durch den Staat vorzuziehen ist, so zunächst, weil sie als Methode Vorzüge aufweist, so daß die Beweislast jenen zufällt, die im Einzelfall, so zur Sicherung ausreichender Erträge für die Landwirtschaft, andere Methoden einsetzen wollen.

Nun aber erschöpft diese technisch-ökonomische Betrachtung nicht die Problematik dieser Mittelwahl, sondern sie führt erst heran an die viel weiteren Bezüge, die sich aus der Forderung ergeben, auch in der Wirtschaft seien die Werte der menschlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der staatlichen und gesellschaftlichen Gestaltungen zu wahren und zu sichern. Aber eben das schließt aus, daß freie Preisbildung unbedingt sein solle, denn vor den Höchstwerten unserer Daseinsgestaltung haben sich alle wirtschaftlichen Mittel zu rechtfertigen, die verkehrswirtschaftlichen so gut wie die planwirtschaftlichen, und der freigebildete Preis ist kein Höchstwert an sich, vor dem etwa unser soziales Gewissen zu schweigen hätte. Eine Auflockerung des starr systemgebundenen Denkens durch die systemfreie instrumentale Theorie sollte in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. In Fragen, wo es sich nach bester Einsicht der Wissenschaft um ein Mehr oder Minder handelt, bestehen die spekulativen Systeme leicht auf der unbedingten Wahrung eines Prinzips, das spekulative Element entartet zur Dogmatik, es kennt nur ein

Entweder-Oder, und wo die Ergebnisse den Verheißungen nicht entsprechen, wird die Schuld einem böswilligen Gegner zugeschrieben, den man diffamieren oder liquidieren kann.

Die instrumentale Theorie unternimmt es, von der Sache her zu denken, aber sie übersieht keineswegs die ontologischen Bezüge, die in den Sachen mitgegeben sind. Wenn sie um der Exaktheit ihrer Aussagen willen abstrahierend verfährt, so tut sie nichts anderes, als was alle Wissenschaften tun und tun müssen, aber was sie zunächst beiseite läßt, geht darum nicht verloren. Ich wünsche unbedingt den Eindruck zu vermeiden, als ob dieser wirtschaftswissenschaftliche Ansatz den unendlichen Reichtum des Wirtschaftslebens an Formen und Beziehungen verkenne und die großen und schweren Entscheidungen versimpele, vor die uns die Zeit und das Schicksal stellen.

Aber ich meine, die Präzision und Sachlichkeit des Denkens, die Entschlossenheit, nicht Worte die Sachverhalte verschleiern zu lassen und darum selbst bis zur mathematischen Ausdrucksform zu gelangen, dieser Zwang zur Klarheit macht die Flucht in die Melodramatik schwerer. Ich glaube auch erfahren zu haben, daß unsere studentische Jugend ansprechbar ist mit der Aufforderung, mit dem schwereren und höhere Ansprüche stellenden Werkzeug des klaren, sogar harten Denkens zu versuchen, dem Stümperhaften und Törichtigen in unseren Daseinsgestaltungen an den Leib zu rücken. Mit der Flucht vor der Wirklichkeit, dem Verhalten unaufgeräumter und daher schwulstiger Gemüter haben wir es ja schließlich auch nicht weit gebracht, versuchen wir es einmal mit der Genauigkeit. »Der rüstige Mann wird immer lieber wachen als schlafen«, sagt Novalis. Kommilitonen: wir wollen auf unsere Methoden achten. Wissenschaftlich erwiesen ist eine Aussage nur, wenn auch der Weg angegeben ist, auf dem man zum Resultat gelangte.

Es sei versucht, an einigen dieser Fragen andeutend zu zeigen, wie sich spekulatives und instrumentales Denken ergänzen und durch ihren unterschiedlichen Ansatz sich gegenseitig zu größerer methodischer Klarheit befähigen.

Ein ganz zentrales Problem ist die Stellung des Staates in der Wirtschaft, und aus dem umfassenden Bereich greife ich die Frage heraus, ob der Staat die Verantwortung für volle Beschäftigung aller Arbeitsfähigen und -willigen übernehmen kann und soll. Sie hat seit der Weltkatastrophe, die in der furchtbaren Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre begann, unüberhörbare Bedeutung. Diese Krise erschütterte die freie, d. h. verkehrswirtschaftliche Ordnung bis zum Grunde, insofern dieser ja eine ausreichende Kraft der Selbststeuerung zugesprochen war. Es war also jene immanente Ordnung in Frage gestellt, die, wie ich vorhin erwähnte, von den Klassikern einer durch freie Preisbildung und Wettbewerb regulierten Gesellschaftswirtschaft zugesprochen war. Deutsche Forscher und namentlich mit größter Wirkung der Engländer Keynes vollzogen durch neue theoretische Ansätze die Grundlegung einer staatlichen Wirtschaftspolitik, durch die besonders mit monetären und fiskalischen Mitteln die Bestimmung des Ausmaßes der Gesamtbeschäftigung dem freien Spiel der Kräfte entzogen und zur Regulierung dem Staat anvertraut werden soll. Ich muß betonen, daß dieses Ergebnis in instrumentaler Analyse erarbeitet wurde, nicht etwa von einem planwirtschaftlichen oder sozialistischen Prinzip aus. Das heißt, es sollte gezeigt werden, daß unter bestimmten Bedingungen Staatseingriffe nötig werden, wenn volle Beschäftigung als Ziel gesetzt wird, aber es wird nicht nachzuweisen gesucht, daß volle Beschäftigung sein soll. Diese Entscheidung vielmehr bleibt politisch, und zu ihrer Erhellung tritt die spekulative Wirtschaftswissenschaft auf den Plan. Die Frage nämlich, ob der Staat diese gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernehmen soll, rührt um so mehr an schwerste Probleme unseres gesellschaftlichen Daseins, als allgemein ein Übermaß an Staat abgewehrt, der Mythos vom Staat als Allmacht bekämpft wird. Hier liegt eine schwierige Entscheidung. Was gefährdet das Bestehen einer die menschliche Freiheit und Personhaftigkeit anerkennenden Wirtschaftsordnung stärker: die Möglichkeit von Krisen und Massenarbeitslosigkeit oder der staatliche Einsatz zu deren Verhinderung?

Aus dem spekulativen Prinzip des klassischen Liberalismus, nach dem je der Staatseingriff abzulehnen ist, läßt sich für die gegenwärtige

Sachlage wenig gewinnen. Der Liberalismus hatte den korrupten, den unrationell, d. h. nicht berechenbar handelnden Staat als Gegner, der einfach nicht fähig war, wirtschaftliche Verwaltung mit ausreichender Zuverlässigkeit und Erfolgsaussicht zu übernehmen, so daß sehr begreiflich die angenommenen Naturgesetze des Wirtschaftens demgegenüber objektiv, zuverlässig und unendlich vorteilhafter erschienen. Was aber uns bedrohlich erscheint, ist der zur Höchstform entwickelte, rational mit geradezu maschinenhafter Sachlichkeit funktionierende Staatsapparat, der dank der modernen Technik allgegenwärtig sein und alle Entscheidungen an sich ziehen kann, der gerade durch seine Rationalität, Planung und Organisation die Personen auszugleichen und zu berechenbaren Funktionsträgern zu degradieren tendiert. Und daß er damit auch einer außerhalb des Staates feststellbaren Entwicklung entspricht, erhöht das Bedenkliche der Lage, denn es wird ja der Rückzug aus der Vermassung keineswegs zur Person genommen, sondern die Formung und Gliederung der Masse geschieht durch Koalitionen und Verbände, die gleichsam die Personhaftigkeit an sich ziehen und sogar durch die ethische Forderung nach Solidarität den organisierten Interessenkampf zum Prinzip zu erheben wagen.

Das alles und noch vieles mehr ist nicht strittig. Und doch vermindert es nicht das Gewicht der anderen Seite der Sachlage, von der ich nun zu sprechen habe: Die Überlebenschancen der verkehrswirtschaftlichen Ordnung sind gering, wenn es nicht gelingt, Depressionen und Massenarbeitslosigkeit als Fakten, aber auch als bloße Möglichkeiten, zu verhindern. Die instrumentale Theorie beansprucht mit wachsender Zuversicht, die Mittel hierfür zu kennen. Und was wohl weniger anerkannt ist, mir aber schlüssig erscheint: das erfordert nicht ein Mehr an Staatseingriffen, sondern geradezu einen Rückzug des Staates von jener Politik, die den Staatseinsatz unsystematisch, gleichsam zufällig und in sich so widerspruchsvoll durchführt, daß die Staatsressorts sich durch entgegengesetzte Maßnahmen widersprechen, so wenn gleichzeitig Senkung der Verbraucherpreise und Erhöhung des Milchpreises wirtschaftspolitisch betrieben werden. Indessen will

ich nicht erörtern, welche Methoden anzuwenden sind; ich möchte noch kurz von einigen der sozialen Forderungen sprechen.

Ein Historiker, Brandi, formulierte einmal, die soziale Frage sei »zu allen Zeiten in erster Linie das Problem eines bewußt empfundenen Mißverhältnisses zwischen der Lebenshaltung großer Volksmassen und dem herausfordernden Auftreten bevorzugter Stände« gewesen. Die historische Gültigkeit dieser Aussage sei dahingestellt; für die Gegenwart trifft sie kaum noch zu. Zwar sind die Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Länder und zwischen den reichen und armen Ländern so erheblich, daß, soviel ich sehe, kein Wirtschaftswissenschaftler, welcher Richtung auch immer, sie als durch ökonomische Notwendigkeiten bedingt, geschweige denn als gerecht anerkennen kann. Es hat aber durch den gewaltigen Zuwachs an Ergiebigkeit der modernen Wirtschaft eine solche allgemeine Einkommenssteigerung in den abendländischen Ländern stattgefunden, daß zur Hebung der Lebenshaltung mehr erreicht werden konnte als eine Neuverteilung des gegebenen Einkommens hätte erzielen können. Das Problem bleibt gleichwohl wichtig, aber ich will es unbesprochen lassen. Was man als Neues unter den sozialen Forderungen zu beobachten hat, ist die Forderung nach sozialer Sicherheit, darunter vorzugsweise Sicherheit der Arbeitsgelegenheit, also Schutz vor Arbeitslosigkeit. Und hier ist sehr deutlich zu betonen, daß es sich insoweit um ein Mißverhältnis zwischen wirtschaftlichen Risiken und Chancen handelt. Denn der Gefahr unverschuldeter Arbeitslosigkeit steht keine Chance sozialen Aufstiegs ausgleichend gegenüber. Schwerer noch wiegt, daß nach unserem Wertdenken die Personhaftigkeit des Menschen sich auch in der wirtschaftlichen Tätigkeit entwickeln und bewähren soll, — das freie Wirtschaftssystem will ja getragen sein von Menschen, die ihr wirtschaftliches Schicksal selbstverantwortlich gestalten sollen. Dann darf man aber keinem die Möglichkeit zur Arbeit verweigern! Für den Wirtschaftswissenschaftler muß es provozierend sein, wenn man ganz geläufig von einer Belastung des Arbeitsmarktes dann spricht, wenn mehr Arbeiter bereitstehen, durch ihre Arbeit mehr an Gütern zu produzieren, als sie selbst verzehren. Knapp ist im wirtschaftswissenschaftlichen Denken aber die

Arbeitsleistung, nicht der Arbeitsplatz, und jeder zusätzlich arbeitsfähige Mensch ist ökonomisch ein Gewinn.

Daß die Forderung nach Vollbeschäftigung als eine Bedrohung des Systems betrachtet wird, wäre schwer verständlich, wenn nicht die Geschichte zeigt, daß jeder soziale Fortschritt als Bedrohung des jeweiligen Systems betrachtet wurde. Das geht zurück bis Aristoteles, der die Sklaverei als unvermeidbar und natürlich ansah, weil das Dasein der »Guten und Edlen« nur als parasitäre Existenz möglich sei. Zu Beginn der Neuzeit wurde gefordert, es müsse die große Masse der Menschen arm und unwissend gehalten werden, weil sie nur so zur Arbeit bewogen werden könnten. Die Klassiker gaben teilweise den Arbeitern selbst die Schuld an den niedrigen Löhnen, da diese jede Verbesserung der Lebenshaltung durch Vermehrung der Kinderzahl, damit zusätzliches Angebot an Arbeit und Lohndruck beantworteten. Das Verbot der Kinderarbeit, die Einräumung des Koalitionsrechts an die Arbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit wurden als tödliche Gefährdung der Wirtschaftsordnung und allen Gesetzen dieser Ordnung widersprechend bekämpft. Wir wollen dadurch gewarnt sein, die Proteste von heute zu gewichtig zu nehmen. Zum Teil sind es Nachklänge dieser alten Behauptungen, etwa die heutige Forderung, die Gewinne der Unternehmungen müßten hoch genug sein, um aus ihnen die Finanzierung der Erweiterungen durchzuführen, d. h. die Verbraucher sollen sie nicht durch ihr Sparen finanzieren, sondern sollen sie bezahlen. Das lautete früher, die hohen Einkommen seien nötig, weil bei ausgeglicheneren Einkommen nicht ausreichend gespart würde. Und was die Forderung nach sozialer Sicherheit betrifft, so blieb das Argument nicht aus, die Sicherung eines Arbeitsplatzes vernichte die Leistungsimpulse der Arbeiter, sie müßten durch die Gefahr des Verlustes an Arbeitsgelegenheit angespornt werden; — früher sollten niedrige Löhne diese Rolle spielen.

Von wissenschaftlichem Wert sind alle diese Argumente nicht; die analytische Theorie sieht in der fortschreitenden Hebung der Lage aller sozialen Schichten geradezu die Voraussetzung für die Fort-

setzung der raschen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wendung ist entschieden die, daß nicht soziale Leistungen als Opfer an wirtschaftlicher Produktivität angesehen werden, sondern eher als Bedingung. Wir brauchen Sozialpolitik nicht mit schlechtem ökonomischen Gewissen zu betreiben.

In seiner Rektoratsrede vom 25. November 1950 sprach mein verehrter Kollege von Kress über »Disharmonie als Ursache von Krankheiten«. Ich möchte daraus folgendes zitieren:

»Das soziale Problem ist auch ein medizinisches Problem, denn von Angst, Unzufriedenheit und Spannung führt der Weg hinein in die Krankheit. Ärztlich gesehen ist die soziale Frage nicht dadurch zu lösen, daß man eine Entlastung lediglich auf dem Wege zu schaffen sucht, daß man der Masse für den Augenblick einen besseren Lebensstandard ermöglicht, sondern nur kausal, indem Mittel gefunden werden, die Angst vor der Not eines ungesicherten Alters zu bannen. Solange dieser ständige Druck nicht beseitigt wird, bleibt die Gefahr der Radikalisierung bestehen.«

Als Nationalökonom stimme ich unbedingt zu, und ich betone, daß bei einer durchschnittlichen Zuwachsrate von etwa 3,5% im Jahr — sie ist z. Z. wesentlich höher — die industrielle Produktion sich in etwa dreißig Jahren verdoppelt; die Abschaffung dessen, was nach vernünftigen Maßen Armut als Massenerscheinung genannt werden kann, ist bei störungsfreier Entwicklung also keineswegs ein unlösbares Problem. Meinerseits darf ich das Problem an die Soziologen weitergeben mit dem Hinweis darauf, daß sich in der Forderung nach sozialer Sicherheit eine umfassende Veränderung der sozialen Grundhaltung kundtut, — sie umfaßt nämlich auch die Haltung der Unternehmer, namentlich scheinen die großen monopolistischen Betriebe vielleicht stärker durch das Sicherheitsmotiv, als durch das Gewinnmotiv in ihrer Geschäftstätigkeit bestimmt zu werden. Daß damit eine Erstarrung unseres sozialen Systems eintritt, gleichsam eine Form der Kastenbildung, ist sehr unwahrscheinlich. Im übrigen müssen wir hier und jetzt mit unseren Problemen fertig werden.

Wenn früher die Armut als ein mystischer Gnadenstand aufgefaßt wurde oder umgekehrt — bei den Puritanern — als Verworfensein vor den Augen Gottes, so ist sie in der heutigen Sicht eine soziale Fehlleistung, ein Krankheitsherd am sozialen Körper, an dessen Isolierung und Therapie rational heranzugehen ist. Das gilt auch für die Massenarbeitslosigkeit. Ihre Gefahren sind nicht geringer als die der großen Volksseuchen; wenn die Bekämpfung der sozialen Nöte nicht mit gleicher Selbstverständlichkeit gefordert wird, wie die der physischen Massenkrankheiten, so wohl, weil alle in gleicher Stärke von Krankheit bedroht sind, die sozialen Gefahren aber ungleich verteilt sind. In dieser Sicht möchte ich noch einmal die Bedeutung der instrumentalischen Wirtschaftstheorie bestimmen: an solche Probleme geht sie in der gleichen Haltung heran, wie die Medizin an ihre Aufgaben. Und ich glaube, ihr Erfolg würde nicht bedeutungsloser sein, als ein Sieg über eine Volksseuche.

Zwar bleibt immer wahr, daß wichtiger ist, daß die Menschen ihre Wünsche auf rechte Ziele richten, als daß die Mittel zur Erreichung der Ziele immer reichlicher werden. Die Gefahren des Reichtums sind ähnlich denen der Armut: sie drängen schlechte Ziele in den Vordergrund. Aber nichts berechtigt uns, erkannte soziale Übel, wie Massenarmut, soziale Ungerechtigkeit, Massenarbeitslosigkeit als Tatsache oder als Gefahr in einer anderen Haltung zu betrachten als mit der Entschlossenheit, von unserem Gewissen und unseren Wertüberzeugungen aus an deren Beseitigung zu arbeiten, wie der Arzt trotz der Gewißheit des Todes die Krankheit unbedingt bekämpft. Hier glaubt die analytische Theorie der Nationalökonomie im Geiste der strengen exakten Forschung Mittel schaffen zu können, mit denen dieser Kampf mit mehr Aussicht als bisher geführt werden kann. —

Die steigende Bedeutung der Wissenschaft nicht nur in ihrer Aufgabe der Daseinsdurchdringung, sondern auch der Daseinsgestaltung, die für die Naturwissenschaften, die Physik, Chemie, Biologie, Medizin und andere schon längst offenkundig ist, übergreift mehr und mehr auch die Gesellschaftswissenschaften. In meiner Eigenschaft als Nationalökonom, und, wie ich hoffe, mit einiger Objektivität glaube

ich feststellen zu können, daß es keine lohnenderen Investitionen gegeben hat, wie die in wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Die Naturwissenschaften haben die moderne Wirtschaft und den sozialen Aufstieg möglich gemacht, und wir finden keine der großen Industrien, deren allererster Keim nicht in einer Studierstube oder in einem Laboratorium liegt. Und in der Wirtschaft ist nichts knapper und wertvoller als der höchstgeschulte Mensch, nichts ist seltener als die Höchstbegabung. Ein Volk, das sich zu arm fühlt, ausreichende Mittel zur Pflege der Wissenschaft und der Fortbildung anzuwenden, vermindert damit die Chance zur raschen Überwindung der Armut, und eine Einsparung an Forschungsmitteln ist regelmäßig eine Verschwendung, auch wenn sich bilanzmäßig nur die Aufwendungen, aber nicht die Resultate in Ziffern niederschlagen. Der Nationalökonom muß auch fragen, ob es richtig ist, den wissenschaftlichen Fortschritt auf bestimmten Gebieten in die Forschungsabteilungen großer Betriebe abwandern zu lassen, womit doch die Ergebnisse monopolisiert werden, während das, was an einer Universität oder staatlichen Forschungsanstalt erarbeitet wird, von Anfang an allen zur Verfügung steht.

Das sind Überzeugungen, die ich auch in meinem Amt zu vertreten habe. Herr Regierender Bürgermeister: Sie werden vom Rektor der Freien Universität nichts anderes erwarten, als daß er entschieden und, wenn es sein muß, auch streitbar die Anliegen vorbringt, die wir an das Land Berlin zu richten haben. Aber Sie dürfen von dem Wissenschaftler, und das bleibe ich auch, voraussetzen, daß er gleichsam geistigen Abstand behält, und daß er versteht, warum es im Zusammenwirken zweier unterschiedlich geordneter Korporationen, einem Land und einer Universität, unvermeidlich zu jenem Problem der Grenze kommt, wo die verschieden gestalteten Prinzipien aufeinander stoßen können. Und da ich auch in Ihnen, dem Träger eines hohen Amtes, den Professor zu übersehen nicht bereit bin, halte ich es für möglich, daß wir uns nach solchen Auseinandersetzungen interessiert über die Soziologie dieses Kampfes unterhalten könnten, ohne daß wir deswegen einer Bewußtseinspaltung unterliegen.

Sie wissen und wir alle wissen, wie hoch die Ansprüche sein müssen, die wir an die Arbeit unserer Universität zu stellen haben. Eine Universität muß vom Geist her gestaltet sein, soll sie lebendig erhalten bleiben. Unser Auftrag ist in der traditionellen Zweiteilung von Forschung und Lehre nicht erschöpft, wir werden versuchen müssen, auch zu neuen Formen der Gemeinschaftsbildungen im studentischen Leben hindurchzustoßen. Wir werden uns mit den wachsenden Ansprüchen auf fachliche Schulung der Studierenden abzufinden haben, und wollen doch nicht aufopfern, daß wir in erster Linie Menschen zu bilden haben, denen die Integrität ihres Denkens und die intellektuelle Rechtschaffenheit nicht feil ist. Wir wissen um das Schicksal des heutigen Studenten, mit zu wenig Geld ausgestattet und unter dem Druck überlasteter Examina der doch wohl von ihm zuinnerst bejahnten Forderung gegenüberzustehen, sich seiner Freiheit und der damit verbundenen Chancen bewußt zu sein, Verantwortung vor der Wahrheit kennenzulernen, groß zu denken und ins Weite zu denken und sich damit selbst zu finden.

Ich bekenne mich mit tiefem Ernst zu meiner Verantwortung als Rektor einer Universität, und dieser unserer Freien Universität Berlin, die eine besondere Sendung hat.

ANSPRACHE DES  
VORSITZENDEN DES KURATORIUMS  
REGIERENDER BÜRGERMEISTER  
PROFESSOR DR. OTTO SUHR

*Magnifizenzen,  
meine Herren Professoren,  
liebe Kommilitonen,  
verehrte Gäste des heutigen Tages!*

Ich habe die hohe Ehre und große Freude, Sie, Magnifizienz, in Ihrem hohen Amte zu begrüßen und allen Angehörigen der Freien Universität für das neue akademische Jahr Glück und Erfolg zu wünschen. Sie haben, Magnifizienz, in Ihrem schönen akademischen Vortrag, der entsprechend der Tradition der Freien Universität nicht davor zurückgeschreckt ist, mutig Tagesfragen anzuschneiden, mich als Kollege angesprochen. Ich werde als Kollege gern den Ball aufgreifen und die Aussprache fortsetzen im Bewußtsein gleicher Grundlagen der Verantwortung in der Wahrheitsforschung. Aber ich stehe hier nicht als Mitglied des Lehrkörpers. Ich würde auch nicht als Regierender Bürgermeister im feierlichen Einzug neben dem scheidenden Prorektor und dem neuen Rektor haben teilnehmen können. Ich stehe und spreche hier als der Vorsitzende des Kuratoriums der Freien Universität, und diese Tatsache ist der sinnfällige Ausdruck für die gute Zusammenarbeit und den Geist der freiheitlichen Selbstverwaltung dieser Universität.

Die Juristen können streiten, wieweit es mit dem Charakter einer Körperschaft öffentlichen Rechts vereinbar ist, daß Träger der staatlichen Aufsicht auch Mitglieder des Kuratoriums sind. Die Soziologen

können zweifeln, ob es zumindest der Tradition einer Körperschaft öffentlichen Rechts entspricht, so weit finanziell vom Staate abhängig zu sein. Aber solche Zweifelsfragen, wie sie in unserer Berliner Hochschulgeschichte immer wieder auftauchen, werden, das ist meine feste Überzeugung, illusorisch, weil in der Praxis bei Abwägung der einzelnen Faktoren allein diese Kombination jenes Maß von Unabhängigkeit und Freiheit gewährt, das die Freie Universität Berlin gegenüber anderen deutschen Hochschulen besitzt. Und diese Freiheit ist in den besonderen Umständen der Geburtsstunde der Freien Universität begründet. Die Satzung der Freien Universität, zu deren Geburtstag wir uns ja im Grunde genommen hier versammelt haben, mag Mängel und Schönheitsfehler besitzen, wie sie aus dem revolutionierenden Ablauf der Gründungsperiode verständlich sind. Die Satzung ist und bleibt aber das Fundament für die Freie Universität im Freien Berlin und meiner Überzeugung nach das Vorbild für andere Hochschulen.

Es kommt entscheidend auf den Geist und die Atmosphäre an, in denen die Arbeit in der Universität und die Zusammenarbeit mit den Bürgern dieser Stadt getragen und durchströmt wird. Das Ringen nach Wahrheit in Forschung und Lehre ist schließlich nur eine andere Erscheinungsform des Willens zur Freiheit, der die Bürger unserer Stadt in den Tagen der Gründung dieser Universität beherrschte. Die Autonomie einer Körperschaft öffentlichen Rechts läßt sich nicht im luftleeren Raum verwirklichen; auch die Freiheit der akademischen Lehre und Forschung kann nur voll wirksam werden in der lebendigen Verbindung mit der Gemeinde der Bürger der Stadt, in der sie lebt. Es liegt an den Lehrern und Studenten der Freien Universität, den Geist der Gründer, den Geist Ernst Reuters hier zu bewahren. Es liegt an den Bürgern dieser Stadt, der Freien Universität die Möglichkeit zu geben, sich in diesem Geiste zu entfalten. In diesem Sinne danke ich Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Rohde, für die verdienstvolle und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren, danke ich dem scheidenden Rektor, der leider heute nicht unter uns weilen kann, für die ebenso streitbaren wie fruchtbaren Auseinandersetzungen, die dazu beigetragen haben,

weitere Fortschritte für die Freie Universität zu erringen. Und in diesem Sinne begrüße ich den neuen Rektor.

Daß mich mit Ihnen, Magnifizenz, gemeinsame Arbeit in der Fakultät verbunden hat, daß uns gemeinsame Auffassungen über Ziele und Wesen einer Universität verbinden, sollte allen Mitgliedern der Universität und allen Bürgern unserer Stadt Gewähr dafür bieten, daß es unter Ihrem Rektorat möglich sein wird, manche noch ungelösten Aufgaben zu verwirklichen und im Rahmen des langfristigen Aufbauplanes unserer Stadt die Freie Universität zu neuen Erfolgen zu führen. Dabei glaube ich mit Ihnen, Magnifizenz, einig zu sein, daß es bei aller Freude über den zahlenmäßigen Ausbau, über das Wachstum in Zahlen, doch noch mehr auf die Leistungen ankommt. Und dazu scheint mir die Entwicklung und Förderung von Schwerpunkten in den Einrichtungen dieser Universität, den besonderen Aufgaben unserer Stadt an der Schnittstelle zweier Welten entsprechend, notwendig zu sein. Im hoffnungsvollen Vertrauen auf solche Zusammenarbeit, in der Überzeugung, damit nicht nur der Wissenschaft, sondern auch einem unteilbaren Deutschland zu dienen, grüße ich die Mitglieder des Lehrkörpers, grüße ich die Kommilitonen, insbesondere diejenigen, die aus der sowjetischen Zone zu uns gekommen sind, und lassen Sie mich Ihnen, Magnifizenz, für Ihre Arbeit Kraft und Geduld wünschen mit den Worten Goethes, die mir jeden Tag bei der harten Aufbauarbeit unserer Stadt im Sinne liegen: »Schaff, das Tagwerk meiner Hände, hohes Glück, daß ich's vollende. Laß, oh laß mich nicht ermatten! Jetzt nur Stangen, diese Bäume, geben einst noch Frucht und Schatten.«

## ANSPRACHE

DES 1. VORSITZENDEN DES  
ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSSES  
CAND. PHIL. KLAUS KUNDT

*Eure Magnifizenz,*

*Herr Regierender Bürgermeister,*

*Hoher Senat,*

*Werte Gäste,*

*Liebe Kommilitonen!*

Wir Studenten der Freien Universität danken dem scheidenden Rektor, Professor Dr. Hirsch, für seine aufopferungsvolle Arbeit für unsere Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Wir danken ihm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wir danken ihm für das große Verständnis, das er unseren Sorgen, unseren Nöten und unseren Wünschen immer entgegengebracht hat.

Für uns Studenten der Freien Universität ist die Rektoratsübergabe nicht eine Zeremonie, die an die Traditionen der alten ehrwürdigen deutschen Universitäten anknüpft, sondern für uns ist sie der symbolische Ausdruck der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, an deren Spitze der Rektor als ein Wahrer und Hüter ihrer Idee steht.

Für uns symbolisiert der Rektor nicht die Gewalt der Universität, sondern für uns ist der Rektor der Repräsentant der Einheit unserer Universitätsgemeinschaft.

In unseren Satzungen und Ordnungen ist die gemeinsame Verantwortung aller Organe der Universität niedergelegt und ausdrücklich betont. Diese Festlegung der gemeinsamen Verantwortung der Lehrenden und Lernenden für unsere Universität bindet uns akademische Bürger der Freien Universität zu einer Gemeinschaft, die im Gegensatz zu der patriarchalischen Tradition und dem patriarchalischen Aufbau der traditionellen deutschen Universitäten steht.

Die Organe unserer Gemeinschaft: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft tragen die gemeinsame Verantwortung für alle Belange unserer Universität. Sie sind nicht konkurrierende Institutionen innerhalb unseres Gesamtbereiches, sondern sie sind Organe, die in gemeinsamer Arbeit und gegenseitigem Vertrauen die Probleme und Aufgaben der Gemeinschaft lösen.

Das Wesen unserer Universität — der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden — ist die innere Verbundenheit und die Gleichberechtigung ihrer Organe. Symbolischer Ausdruck dieser Einheit ist für uns Studenten der Rektor.

Da wir gleichberechtigtes Organ innerhalb unserer Universität sind, ergibt sich nicht nur die Mitverantwortung für alle akademischen Bürger, sondern ergibt sich gleichzeitig die Pflicht der Mitentscheidung in allen gemeinsamen Belangen.

Die Einbeziehung der Studentenschaft in die Mitentscheidung und Mitverantwortung ist das besondere Kennzeichen der Freien Universität, sie ist aber die logische Konsequenz der Idee von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden.

Lassen Sie mich Ihnen, Magnifizenz, die herzlichsten Glückwünsche der Studentenschaft zu Ihrer Wahl aussprechen und das Versprechen geben, auch in Ihrer Amtszeit im Sinne des Wahlspruches der Freien Universität: »VERITAS, JUSTITIA, LIBERTAS« unsere Arbeit zu leisten.